

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

60. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf., einschließlich der Postgebühren. Nur Postbezug zulässig. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.

Leipzig, den 9. Februar 1922

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 1 Mk., die längspaltene Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklamanzzeigen 5 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 17

Prätorianer der Reaktion?

Die römischen Kaiser hatten unter dem Namen Prätorianer eine Leibgarde, die oft maßgebenden Einfluß auf die Regierung und die Thronfolge hatte und fast durchweg ein Hort der Reaktion zum Schutze herrschlicher Gewaltmenschen gegenüber allen freiheitlichen Regungen innerhalb des römischen Weltreiches war. Die römischen Kaiser sind längst vermodert, ihr Geist und ihre Trabanten sind aber im Verlaufe von rund zweitausend Jahren auf die persönlichen Träger der privatkapitalistischen Profitwirtschaft übergegangen. Auch in Deutschland haben sich diese eine Prätorianergarde zugelegt, die dazu bestimmt zu sein scheint, ihre von hinten herum geschmierten Hände an die Gurgel des ihnen immer unbedeutsamer gewordenen Staates, der deutschen Republik, just in dem Augenblicke zu legen, wo sich die weltwirtschaftlichen Wirnisse in der Richtung einer Festigung des neuzeitlichen Staatsgedankens zugunsten des durch den Weltkrieg schwergeprüften deutschen Volkes und seiner Arbeiterschaft zu klären scheinen.

Sinnes und Rathenau sind die Signale, um die sich dieser Machtkampf gruppiert, die als wirtschaftliche, politische und kulturelle Gegenpole einander gegenüberstehen, zwischen denen heute ein auf Tod und Leben abzulebender Kampf um Wulstherhaltung privatkapitalistischer Willkür mit persönlicher und wirtschaftlicher Unterdrückung aller durch die Revolution in Deutschland errungenen Volks- und Arbeiterrechte und auf der andern Seite ein auf höherer kulturellen Gesellschaftspunkten menschlicher Kultur getragener Kampf um Befreiung aus dem Fesseln der Gewalt Herrschaft der Böden der privatkapitalistischen Wirtschaft geführt wird.

Der gegenwärtig das ganze deutsche Volks- und Wirtschaftsleben lähmende Putsch der Reichsgewerkschaft der deutschen Eisenbahner steht, gewollt oder ungewollt, im Dienste der Herren Sinnes und Rathenau. Zu dieser Auffassung muß man angesichts aller in Frage kommenden Verhältnisse vor und hinter den Kulissen bei dieser Bewegung kommen. Die Rücksichtslosigkeit, mit der diese sogenannte Reichsgewerkschaft die gesamten Interessen des Volkes mit Füßen tritt, wie sie in geradezu unmenlichlicher Weise allen gewerkschaftlichen Grundfragen zum Hohne mit der Not des deutschen Volkes und seiner Arbeiterschaft Fangball spielt, kann nur in den Stirnen brutaler Gewaltmenschen oder sozial- und volkswirtschaftlicher Analphabeten ihren Ausgangspunkt haben. Die wirtschaftliche Lage der in Frage kommenden Mitglieder der Reichsgewerkschaft ist gewiß nicht glänzend, aber sie ist, im ganzen genommen, höherer als die der nach Millionen zählenden Arbeiterschaft in der Privatindustrie. Und es soll in keiner Weise bestritten werden, daß die Veruche der Eisenbahnbehörden, die achtstündige Arbeitszeit zu sabotieren und längere Arbeitszeiten zur Einführung zu bringen, geradezu ein Verbrechen gegenüber der Arbeiterschaft darstellen. Aber zur Verhinderung dieser Bestrebungen gibt es andre Mittel als der gegenwärtige sinnlose, die Arbeiterschaft am stärksten belastende Streik der Eisenbahnbeamten. Wir vertreten den Standpunkt, daß z. B. die Entlohnung eines Lokomotivführers nach den höchsten Gehaltsklassen zu berechnen wäre, und daß dessen tägliche Arbeitszeit wesentlich unter acht Stunden betragen sollte; und wir glauben, daß innerhalb der Arbeiterschaft nur wenige vorhanden sind, die dieses Vorrecht den Lokomotivführern bestreiten würden. Aber gerade daraus ergäbe sich für die Lokomotivführer eine viel stärkere Position für ihre durchaus berechtigten Forderungen, wenn sie sich in vernünftiger Weise mit der großen Mehrheit der deutschen Arbeiterschaft in eine gemeinsame Front stellen würden. Werksleiter und kurzschäftiger Standesdünkel allein kann es fertigbringen, losgelöst von der großen Masse des arbeitenden Volkes, die Hand an die Gurgel des Staates zu legen und dadurch, bewußt oder unbewußt, zum Schriftnarr der Reaktion zu werden.

Der deutsche Militarismus, durch den einst das deutsche Volk in kultureller Hinsicht unterdrückt wurde, steht heute

deutschen „Cäsaren“ nicht mehr zur Verfügung. Diese selbst sind ihres „fürstlichen“ Purpurs entkleidet, an ihre Stelle sind aber die Millionen- oder Milliardenkönige getreten, die vor oder hinter den Kulissen den Rubel rollen lassen, um ihre ebenfalls bedrohte Herrschaft zu verteidigen, zu festigen und zu erweitern. Nachdem in den hinter uns liegenden drei Jahren auch die bewaffneten Selbstschutzeinheiten mehr unter außenpolitischem Druck als unter eigener Selbsterkenntnis der Sinnlosigkeit ihrer Existenzberechtigung enturzelt wurden, leben wir wirtschaftlich Prätorianergarden der Reaktion zu Hilfe kommen. Die Reichsgewerkschaft der deutschen Eisenbahner hat es vor Jahresfrist schon abgelehnt, sich in die große Armee der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft einzugliedern, sie lehnt alle sozialistischen Grundzüge ab und stellt ihre eignen Interessen über jene aller andern Köpfe und Handarbeiter. In dem großen und schweren Kampfe der deutschen Beamten um eine bessere Existenz hat diese Reichsgewerkschaft die Einheitsfront der Beamten durchlöchernd und eine schroffe Scheidewand zwischen Beamten und Kopf- wie Handarbeiter aufgerichtet, die allen privatkapitalistischen Profitinteressen, allen reaktionären Bestrebungen als Schutzwand dient. Die den letzteren mit Haut und Haar verschriebene bürgerliche Presse, die alles, was als sozialistisch angesehen werden kann, in den Hof zerrt, hat es meißerhaft verstanden, die Öffentlichkeit in dieser Hinsicht hinters Licht zu führen. Und es ist unperhäumte Feuchtheit, wenn heute die Reichsgewerkschaft der deutschen Eisenbahner sich ausschließlich als Kämpfer für das Koalitionsrecht, Erhaltung des Achtstundentags und einer besseren Bezahlung für die Beamten aufspielt. Für diese Forderungen sind fast alle andern Beamtenorganisationen von jeher eingetretet und ihre diesbezüglichen Bemühungen hätten schon längst größere Berücksichtigung gefunden, wenn nicht eben durch die Reichsgewerkschaft die Einheitsfront der deutschen Beamten zu einem Zerbröckeln geworden wäre. Nur weil die Reichsgewerkschaft der deutschen Eisenbahnbeamten andre politische und wirtschaftliche Ziele verfolgt als alle übrigen Beamten- und Arbeiterorganisationen, hat sie sich von einem Anschluß an die Spitzenorganisationen der letzteren ferngehalten und ist dadurch teils aktiv, teils passiv zum Vorposten des Machthalters aller privatkapitalistischen Machthaber geworden. Denn durch den gegenwärtigen Streik der von der Reichsgewerkschaft getäuschten Eisenbahner leidet am allermeisten die besitzende Klasse, sondern in der Hauptsache die Arbeiterschaft und ihre Angehörigen. Die Besitzenden haben sich in Lebensmitteln, in Feuerung, mit Kleidung usw. auf Wochen und Monate hinaus mit Vorrat versehen, aber die Arbeiterschaft, die von der Hand in den Mund lebt, leidet Hunger, friert und verliert dadurch von Tag zu Tag an Widerstandskraft gegen die ihr Haupt immer frecher erhebende Reaktion. Und das ist der Wunsch und das Ziel der letzteren!

Der Erlaß der Reichsregierung gegen diesen Putsch der Reichsgewerkschaft wäre ohne diese dunklen Zusammenhänge zwischen der letzteren und der Reaktion ein Faustschlag ins Gesicht der gesamten deutschen Arbeiterschaft. Und der aus Arbeiterkreisen hervorgegangene Reichspräsident, der diesen Erlaß unterzeichnet hat, wäre der tiefsten Verachtung eines jeden deutschen Arbeiters würdig, wenn es sich bei diesem Vorstoße der Reichsgewerkschaft der Eisenbahner tatsächlich nur um Gehaltsfragen, um das Koalitionsrecht der Beamten und um die Erhaltung des Achtstundentags handeln würde. Wir glauben aber nicht daran, daß es sich nur darum handelt. Hinter dieser Bewegung der Reichsgewerkschaft, die so auf den den Luftsturz zu jener großen Bewegung bedeutet, die von führenden Kreisen und Personen der deutschen Großkapitalisten schon im vergangenen Jahre für den Monat März d. J. angekündigt wurde, wo es sich zeigen werde, wer in Deutschland das Heft in die Hände bekomme, da stehen die Drahtzieher der Ludendorffer und der Sinnesleute! Noch sind die Karten, die diesen Rechts-

putsch verdecken sollen, nicht alle klar zu sehen. Die große Masse der deutschen Lokomotivführer und der sonstigen Mitglieder der Reichsgewerkschaft der deutschen Eisenbahner haben keine Ahnung davon, zu welchem Verfall am deutschen Volke sie mißbraucht werden sollen. Sie mögen aber einmal die in ihrer Reichsgewerkschaft befindlichen ehemaligen Offiziere etwas näher ins Auge fassen, da werden sie Beobachtungen machen können, die ihnen sofort die Augen öffnen werden. Hier in Leipzig sind in dieser Richtung schon ganz eigenartige Vorkommnisse zu verzeichnen. Noch liegen die Fäden dieser Beziehungen hinter den Kulissen der Reichsgewerkschaft nicht klar genug auf, und die bürgerliche Presse wird sich hüten, diese Fäden zu verfolgen. Die geheimen reaktionären Verbindungen sind zu raffiniert angelegt, um sie reißlos zu lassen und zu brandmarken. Aber das eine steht für uns fest, wenn nur der kleinste Teil dessen wahr ist, was nach dieser Richtung in Leipziger Gewerkschaftskreisen schon bekannt geworden ist, dann muß sich die gesamte deutsche Gewerkschaftsbewegung wie ein Mann gegen diesen Vordröckel der Reichsgewerkschaft der deutschen Eisenbahner erheben. Nur volkswirtschaftlich und politisch unklare Köpfe können dieser reaktionären Offizierserei noch Sympathie entgegenbringen. Sie stellt eines der raffiniertesten Mittel gegen die gesamte deutsche Arbeiterschaft dar, das je in der Geschichte des deutschen Volkes zu verzeichnen war. Die Befehlsforderungen der deutschen Eisenbahner, die Erhaltung ihres Koalitionsrechts und des Achtstundentags, die Forderung der gesamten Arbeiterschaft: Ihre Durchsetzung wird und muß gelingen, wenn es sich nur darum handelt. Die deutschen Gewerkschaften betrachten diese Forderungen als ihre eignen, und keine Macht der Welt wird imstande sein, sie davon abzubringen. Aber für gewisse „Führer“ der Reichsgewerkschaft der deutschen Eisenbahner, die es bisher abgelehnt haben, mit den übrigen deutschen Gewerkschaften diese Forderungen gemeinsam zu verfolgen, sind diese Forderungen allem Anscheine nach nur Füllsel für eine im Hintergrunde lauende, auf dem Boden allgemeiner Verwirrung und Verwirrung des Volkes wieder aufzurichtende Kasten Herrschaft mit glühenden Uniformen und Willkürlichkeiten auf der einen und einer neuen „Säuberungs- und Reformperiode“ auf der andern Seite. Daß z. B. die deutschen Lokomotivführer sich solchen Anbelagerungen des deutschen Volkes bewußt zur Verfügung stellen, glauben wir nicht; es wäre eine Beleidigung für alle Angehörigen dieses gefährlichen und verantwortungsschweren Berufs. Aber das glauben wir, daß gerade die außerordentliche Schwere ihres Berufs ihnen nicht genügend Gelegenheit bietet, die machtwortlichen Schlingen zu durchschauen, in die sich die Führer ihrer Reichsgewerkschaft haben verstricken lassen. Die deutschen Lokomotivführer könnten die Reiter des deutschen Volkes sein, wenn sie mit Volldampf diesen Gauklern würden den Laufpaß geben, um dann Seite an Seite mit den deutschen Gewerkschaften für eine menschenwürdige Existenz der deutschen Kopf- und Handarbeiter zu kämpfen!

Wenn wir die vorstehende Darlegung unserer Auffassung über den gegenwärtigen Eisenbahnerstreik unter den Titel „Prätorianer der Reaktion?“ zusammengefaßt haben, so ist dies nicht nur im Hinblick auf diesen Streik allein, sondern nicht zuletzt auch unter dem Eindruck sehr reaktionärer Erscheinungen im Leipziger Buchdruckgewerbe, die äußerlich zwar mit dem Eisenbahnerstreik zusammenhängen, sozial- und gewerbetypisch dagegen ein recht eigenartiges Licht auf die geistige Einstellung maßgebender Kreise in Leipziger Prinzipalstreifen und wohl auch noch darüber hinaus werfen. Denn schon in den ersten Tagen des Eisenbahnerstreiks ließen die Leipziger Buchdruckereibesitzer in allen Betrieben des Deutschen Buchdruckervereins in Leipzig folgende Bekanntmachung anhängen:

Da die Auswirkungen des eingetretenen Eisenbahnerstreiks nicht zu übersehen sind und unter Umständen zu einer Stilllegung der Betriebe führen können, leben wir

uns im Anschluß an die farillichen Bestimmungen selber genügt, die Arbeitszeit auf 11, d. M. auf 24 Stunden zu verkürzen und gleichzeitig die Säublung des gesamten Personals auszusprechen.

Inzwischen hoffen wir aber, daß sich die Verhältnisse im Laufe der nächsten Tage zum Guten wenden, so daß obige Maßnahmen dann überhaupt nicht in Kraft treten würden.

Leipzig, den 3. Februar 1922.

(Unterschrift der Firma.)

Wir verkennen keineswegs, daß eine längere Dauer des Eisenbahnerstreiks den Vorgang der Produktion nach und nach lähmen würde. Und im ersten Teile dieses Artikels haben wir keinen Zweifel darüber gelassen, wie wir diesen Streik beurteilen. Daß aber eine solche Bekannmachung sofort nach Ausbruch des Streiks und dazu noch durch den Deutschen Buchdruckerverein ohne jede vorherige Aussprache mit den Betriebs- oder Organisationsvertretungen der Arbeiterschaft angehängt wurde, das charakterisiert auch dieses Vorgehen als Prätorianerarbeit rücksichtsloser Unternehmerinteressen. Schon die Abfassung dieser Bekannmachung, wonach es den Anschein haben könnte, als ob die Bestimmungen des Deutschen Buchdruckerstreiks die Buchdruckerstreikbewegung zu solchen Maßnahmen ohne weiteres verpflichteten, stellt eine grobe Irreführung dar. Wenn in Wirklichkeit schon die geltenden farillichen Bestimmungen die Arbeiterschaft des Buchdruckerwerkes eigentlich vor sofortiger Einleitung von ähnlicher Arbeitszeit und Abschaffung von solchen Veränderungen des Arbeitsverhältnisses die Einhaltung einer Frist von einer Woche vor, z. B. bei Arbeitsmangel, während eine bestimmte Anlage der Verkürzung der Arbeitszeit wegen Gas-, Strom- oder Kohlenmangels nicht erforderlich ist. Nur alle Fälle soll aber eine Verkürzung der Arbeitszeit in einzelnen Betrieben erst nach Anhörung des Personals bzw. seiner Vertreter geschehen.

Es ist nun ohne weiteres anzunehmen, daß insolge längerer Dauer des Eisenbahnerstreiks sowohl Aufträge wie Kohlen-, Gas-, Strommangel usw. in manchen Betrieben teils früher, teils später eingetreten wäre, wodurch sich eine Veränderung der Arbeitszeit oder auch völliger Betriebsstillstand als unabwendbar erweisen hätte. Sinesfalls kann aber als feststehend beurteilt werden, daß diese Katastrophen für alle Betriebe und gleichzeitig in gleichem Umfang eingetreten wären. Trotzdem hat sich aber die Leitung des Leipziger Prinzipalvereins verpflichtet, auf dem strikularwege die obenstehende „Bekannmachung“ ihren Mitgliedern als Richtschnur zu empfehlen. Inwiefern diese „Richtschnur“ wieder als direkte Verpflichtung zu bewerten ist, entzieht sich noch untr Kenntnis. Tatsache bleibt jedoch, daß der Deutsche Buchdruckerverein eine der ersten Unternehmerorganisationen ist, die gleich nach Ausbruch des Eisenbahnerstreiks mit einer solchen „Bekannmachung“ auf der Bildfläche erschien. Während z. B. bei früheren ähnlichen Fällen in Leipzig in der Regel zuerst versucht wurde, entgegen, wie es der Text vorstellt, mit den Betriebsvertretungen zu verhandeln und die besten Möglichkeiten für beide Teile bei Arbeitszeitverkürzungen zu suchen, oder auch den Leipziger Gauvorstand zu Rate zu ziehen, hat man diesmal weder das eine noch das andre für nötig gehalten. Diese Rücksichtslosigkeit gegenüber der Arbeiterschaft in den Leipziger Buchdruckerstreik hat selbstverständlich große Erbitterung in Gehilfen wie in Hilfsarbeiterkreisen hervorgerufen. Und die Stimmung ist im allgemeinen unter fast allen davon betroffenen Personalen derart, daß ernsthafte Differenzen kaum zu vermeiden sein werden. Die Zahl derjenigen Gehilfen, die mit der ausgesprochenen Kündigung als einer ersten Laftade rechnen und sich auch dementsprechend für die Zukunft jetzt schon einstellen, ist außerordentlich groß. Und zweifellos werden sich daraus für manche Betriebe große Nachteile in Zukunft ergeben. Denn in dieser Rücksichtslosigkeit, die in diesem neuesten „Erlaß“ der Leipziger Prinzipale gegen ihre Arbeiterschaft zum Ausdruck kommt, liegt ein Vorreiterhofem arbeiterfeindlicher Tendenzen, die höchstens im Zentralorgan aller Unternehmercharaktere, in der „Deutschen Arbeitszeitzeitung“, gang und gäbe sind. Man scheint im Leipziger Buchgewerbehaus nach und nach von allen guten Geistern verlassen zu sein und sich mehr und mehr als Prätorianer der gesamten deutschen Unternehmerinteressen zu fühlen. Daß solche Tendenzen naturnotwendigerweise dazu führen müssen, daß die Buchdrucker aus ihrer bis jetzt bewährten Gebuld im wirtschaftspolitischen Kampfe heraustreten und im Interesse ihrer Selbstbehaltung auf einen Schwelmen anderthalbe werden sehen können, scheinen die Urheber solcher „Bekannmachungen“ für die Leipziger Buchdruckerbetriebe ganz zu übersehen. Sollte dies aber gar eventuelle geheimen Wünschen entsprechen, dann dürfen sie sich im Endziele ganz gewaltig verrechnen. Denn die bisher bewährte Ruhe der Leipziger Buchdrucker ist zum größten Teil einem hohen Grade gewerkschaftlicher Disziplin zu verdanken, die sie aber andererseits auch dazu befähigt, solche Herausforderungen im Ernstfalle mit gleicher Disziplin und Geschlossenheit abzuwehren!

Im übrigen steht nach den uns bis zum Abschluß dieser Nummer zu Gesicht gekommenen Berichten der Eisenbahnerstreik kurz vor dem Abbruch. Nach eingehenden tagelangen Verhandlungen der Reichsregierung mit den gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen hat das Reichskabinett einem Einigungsprogramm zugestimmt, in dem sowohl über die Bezahlung der Beamten wie auch über die Frage der Arbeitszeit betreffende Grundlagen enthalten sind. Die Vertreter der Gewerkschaften und der Beamten haben die getroffenen Vereinbarungen als ausreichend für einen Abbruch des Streiks anerkannt und stellten die Zurücknahme des Streikaustritts im Laufe des 7. Februar in Aussicht. Leider ist auch diesmal wieder damit zu rechnen, daß trotz einer im allgemeinen annehmbaren Regelung der hauptsächlichsten Differenzpunkte die Beendigung des Streiks nach vorläufiger Zurückziehung der Prätorianer von rechts durch unklare Prätorianer von links verzögert wird. Wir wollen dieses Verbot für die deutsche Arbeiterschaft äußerst bedenkliche Kapitel hier nicht mehr aufrollen. Denn so sehr wir auch die kommunalistische Unterminierung der Geschlossenheit der deutschen Arbeiterschaft bedauern und sie als Hindernis fruchtbringender Kulturarbeit bemerken, so setzen wir dennoch auf die gewerkschaftlichen Grundzüge weit größere Hoffnungen, als daß sie durch solch unsichere und geistig verwirrte Manöver auf die Dauer erschüttert werden könnten. Die Zukunft wird es lehren, daß genau so wie bei früheren Putschversuchen von rechts auch diesmal wieder die Putschisten von links, ob gewollt oder ungewollt, die Besseren der Reaktion waren. Daß beide Teile dabei letzten Endes doch nicht auf ihre Rechnung kommen, ist das historische Schicksal aller Prätorianer, die ihre ganze Rechnung nur auf Terrorismus einstellen.

Wie lange noch Vertragsgemeinschaft der Faktoren?

Die „Graphische Welt“ vom 31. Dezember 1921 orakelt in ihrem Vorkarrikell über Seniorentätigkeit. Wenn diese darin bestehen sollte, die Lohn- resp. Gehaltspolitik (Faktorentarif) in der Vertragsgemeinschaft festzusetzen zu haben, so sei die Faktorentschaft vor der kommenden Seniorentätigkeit gewarnt. Was für Erfahrungen die deutsche Faktorentschaft mit der Vertragsgemeinschaft gemacht hat, die doch gewiß auch ein gut Teil Seniorentätigkeit darstellt, beleuchten bilharig nachstehende Stimmungsbilder aus den Ortsvereinen des Deutschen Faktorenbundes: Leipzig (Versammlung am 4. Oktober 1921). „Unter Verschiedenem“ wurde ein Artikel aus dem „Korr.“ verlesen, welcher sich mit den Oktober- und Novemberzulagen der Faktoren befaßt und eine Aufforderung zum Anschluß an die Freie Faktorenterunion enthält. Hierbei entspann sich eine recht lebhaftige Aussprache, bei welcher dem Artikelverfasser zum Teil recht gegeben wurde. — Nürnberg. (Versammlung im Dezember.) „Unsere Dezemberversammlung ließ von einer feindlichen Weibnachtsstimmung nicht viel verspüren. Der Grund lag in dem Rückübertragungsstreifen seitens des Deutschen Buchdruckervereins auf die vom Deutschen Faktorenbund gestellten Anträge betreffend Dezemberzulagen. Die Ablehnung und der Ton dieser Ablehnung fanden in den Ausführungen der verschiedenen Redner eine scharfe Kritik. Die Kollegen unseres Ortsvereins sind wohl alle der Ansicht, daß es so nicht weitergehen kann und darf. Wir kommen immer mehr zurück. Neutral sein unter den heutigen Umständen, heißt soviel wie Anlimm. Der ist ein Tor, der nicht mit der Zeit geht. Und wir geben nicht mit der Zeit. Also, die sich zu einer strammen Organisation zusammengefunden haben, sind vorwärts gekommen. Wir aber sind auf vollständigem falschem Geleis geraten. Der Weg, den wir eingeschlagen haben, kann nicht zum Ziele führen. Es herrschen andre Zeiten, es herrscht ein anderer Wind und wir müssen unter Werk in einem andern Geleise weiterfahren, wenn wir nicht unter den Schlitzen kommen wollen. Wir nehmen zuerst Rücksicht auf unsere Direktoren- oder Prinzipalmitglieder. Auch die Kollegen im Bundesvorstande scheinen nicht die Not im Faktorentand in dem Maße zu spüren, wie wir selbst. Die Spalten unserer „Graphischen Welt“ sind mit allem möglichen gefüllt, nur nicht mit dem Allernotwendigsten: mit der Verbesserung unserer Lage. Wir werden überall als fünftes Rad behandelt. Es kann nicht mehr so weitergehen. Wir können nicht mehr auf eigenen Füßen stehen, das haben wir zur Genüge erkannt und wir müssen uns irgendwo anlehnen, am einfachsten als Interessengemeinschaft bei der Vertragsgemeinschaft. Das ist der einzige Ausweg. Und wo ein Wille ist, da ist ein Weg. Aber am Willen scheint es bei den maßgebenden Stellen zu mangeln.“ — München. (Versammlung am 11. Januar 1922). „Kollege S. gibt bekannt, daß die Sitzung des erweiterten Ausschusses der Vertragsgemeinschaft abgesetzt wurde. Eine Zusammenkunft ist kaum vor Mitte Februar zu erwarten. In der nun folgenden, recht lebhaften aber sachlichen Debatte stellten scharfe Worte gegen diese Verschleppungsfaktität; die Prinzipale wollen uns den Weg, den wir gehen müssen, wir werden zur Vertragsgemeinschaft abhingedragt.“

Aus diesen Stimmungsbildern merkt man keine Seniorentätigkeit heraus, die Kollegen machen aus ihrem Herzen keine Wölfergrube und verlangen frank und frei ihre Einbeziehung in die Vertragsgemeinschaft.

Die in der Freien Faktorenterunion Deutschlands organisierten Faktoren sind sich längst darüber klar, daß

eine gesunde Tarifpolitik nur in der Vertragsgemeinschaft möglich ist. Würden die Faktoren aus obigen Stimmungsbildern unsere ideellen und prinzipiellen Richtlinien erkannt haben, so würden sie dem Deutschen Faktorenbund mit seiner Vertragsgemeinschaft schon längst den Rücken gekehrt haben, statt dessen schamende Professe ohne Konsequenz. Aber wie wird es kommen? Man wird ein Pfänderlein auf die kassende Wunde legen und die Opposition ist beruhigt.

Nun gar noch die Vertagung des Hauptausschusses bis zum 21. Nimmerfesttag. Vertage man doch die ganze Vertragsgemeinschaft, es wäre nicht schade darum! Schade nur um den großen Laftam, der um dieselbe gemacht worden ist.

So steht nun der Deutsche Faktorenbund vor dem Erlöschen seiner Seniorentarifpolitik (alleiniger Kontrahent der Vertragsgemeinschaft) und wird dieselbe nun abgelöst durch die Tarifpolitik der Freien Faktorenterunion in der Vertragsgemeinschaft der Deutschen Buchdrucker — nicht wahr, es ist doch so trohallem?

Wie kann es denn auch anders sein? Buchdrucker, die jahrelang dem freigerwerblichen Gedankengange geschuldet haben, die auch in der Beschleunigung nicht an letzter Stelle gestanden haben, verschreiben sich mit Haut und Haaren einer Unterwürfigkeitsvereinbarung — blamable Tatsache. Doch lauter, immer lauter löst der Ruf: Faktoren Deutschlands, organisiert euch in der Freien Faktorenterunion, die für die Allgemeinheit und durch die Allgemeinheit wirken will und wird!

Demokrat.

„Faktorentend und Lohnpolitik“

In der „Graphischen Welt“, Nr. 1, Jahrgang 1922, dem Organ des Deutschen Faktorenbundes, schreibt der Kollege E. St. (Nürnberg) zu obigem Thema und bringt in seinem Artikel sehr viel Wahres, was wir als Gehilfen nur unterstreichen können.

Wenn man aber versucht, der Lohnpolitik, die bisher von dem Faktorenbund betrieben wurde, eine andre Richtung zu geben, dann ist es meines Erachtens völlig unangebracht, wenn man dabei der Öffentlichkeit vorrechnen, was z. B. ein Maschinenleher verdient, d. h., man darf den Lohn der Maschinenleher wohl als Vergleich heranziehen, wenn es gilt, nachzuweisen, daß wir Buchdrucker mit unserm Einkommen noch immer nicht an das Existenzminimum heranreichen. Nicht aber darf es geschehen, wenn man mit den Ziffern sagt: „So einen horrenden Lohn bezieht ein Maschinenleher, und was haben im Gegenzug dazu wir Faktoren?“

Nein, Kollege E. St., diese Taktik in der Lohnpolitik verwerfen unsere Praktiker und auch wir als Gehilfen. Besonders wir Maschinenleher müssen es energisch zurückweisen, wenn mit unsern „gepöhligen Öhnen“ von Seiten der Herren Faktoren hantieren gegangen wird.

„Nöch verdienen wir Gehilfen nicht, was man braucht, um mit seiner Familie nur einigermaßen anständig leben zu können; doch glauben wir, es durch unsere starke Organisation noch zu erreichen. Wollen uns nun dabei die Faktoren hinderlich sein? Was können wir als Gehilfen dafür, wenn es den Herren „Angestellten“ nicht gelingt, durch ihre Organisation das zu erreichen, was sie unbedingt brauchen? Soll unsern Vertretern im Tarifauschusse bei der Vertretung unserer berechtigten Forderungen wohl einmal gesagt werden: „Das ist ja mehr, als die Faktoren verdienen!“

Wenn die „Graphische Welt“ ellenlange Berichte bringt über Stützungsfeiern, Familienabende usw. und sich nicht um die wirtschaftlichen Verhältnisse ihrer Leser kümmert, darunter können denn doch nicht wir Gehilfen leiden.

Es hat den Anschein, als ob man den Gehilfen nicht abgesehen wolle, was sie durch die Macht ihrer Organisation erreicht haben, wenn man kein „Gehalt“ betrachtet. Ja, Kollege E. St., das könnte schon längst anders sein, wenn der Standeshöhnel der Herren Faktoren und „Ober“ nicht vorhanden wäre, wenn die Faktoren schon längst eingesehen hätten, wohin sie gehören und wo ihre Interessen am wirksamsten vertreten werden könnten.

Wenn man mit dem bisher gegangenen Wege nicht einverstanden ist, warum begibt man sich denn auf einen Umweg, warum propagiert man nicht den Anschluß an die Sparte an den Verband? Warum kann der Tarifauschusse nicht die in Frage kommende Instanz sein? Die angeführten Gründe wegen der Lithographen, Stein-drucker usw. können nicht stichhaltig sein. Die überwiegende Mehrzahl im Bunde bilden die Buchdruckerfaktoren. Die andern würden dann schon eine entsprechende Interessenvertretung finden.

Aber das will man ja nicht, denn die Verbindung mit den Gehilfen würde zu stark werden; man müßte ja dann schließlich auch als „Angestellter“ einmal in die Verammlung der „Arbeiter“ gehen usw. usw.

Aber trotzdem, Kollege E. St., nur auf diesem Wege und nicht anders!

Nürnberg.

Franz Brandmüller.

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Bei Konditionsangeboten aus Ostpreußen sind unbedingt vorher Erkundigungen beim dortigen Gauverband einzuschaffen. Kollege! Abt strengste Selbstkritik mit den ostpreußischen Tarifkämpfern! Ansbach. Unser gegenwärtig 79 Mitglieder zählender Ortsverein hielt am 15. Januar seine Generalversammlung ab, die aber nur einen mittelmäßigen

Beluch aufwies. Vorstehender Wurmboiler erstattete den Jahresbericht, in dem er mit Bedauern feststellen mußte, daß der jeweilige Verfallungsbesuch leider sehr zu wünschen übrig ließ und im Durchschnitt nur etwa 35 Proz. der Mitglieder betrug. Ein Grund hierfür ist darin zu suchen, daß so manche der jüngeren Kollegen dauerlichererwehle das sportliche dem gewerkschaftlichen Interesse vorziehen, und so manche der älteren Kollegen glauben, kein Interesse an den Versammlungen mehr zu brauchen, wenn nicht ein ganz besonderes Ereignis zu erwarten ist. Die tariflichen Lohnzulagen sind jeweils allzu zur Einführung gelangt; leider aber waren sie stets völlig ungenügend; erst die letzte ab 1. bzw. 19. Dezember bewilligte Zulage konnte als nennenswerter angeprochen werden. Die Tätigkeit der Gehilfenvertreter bei den jeweiligen Tarifauschüßungen fand aber geübende Würdigung und Anerkennung. Im Laufe des Jahres war es uns dreimal gegönnt, den Gauvorsitzer Hemmerich als Referenten in unserer Mitte zu haben. Die Hallenverhältnisse des Ortsvereins sind zwar zufriedenstellend, doch wurde, um die Kasse zu stärken, beschlossen, den Ortsbeitrag von 75 M. auf 1,25 M. (einschl. 20 M. Bezirksbeitrag) zu erhöhen. Weiter wurde beschlossen, der Erhöhung des Beitrags zum Ortsauschüß des W.D.V. zuzustimmen, der jetzt 9,20 M. pro Mitglied und Jahr beträgt (gegen 6,50 M. bisher). Der im Ortsverein vorkommenden Betriebs- oder Verbandstribunen soll auch in Zukunft Rechnung getragen, sie sollen mit dem Johannistage verbunden werden, das neuer gelegenlich der Frühjahrsversammlung in Rostenburg besungen wird. Als Vorstandschüßer ergab keine Änderung. Schließlich wurde noch beschlossen, drei invalide gewordenen Kollegen aus Mitteln der Ortskasse eine nachträgliche Weihnachtsgabe von je 100 M. zur Auszahlung zu bringen.

Dresden. (Maschinenlehrer.) In der Versammlung am 8. Januar sprach Gauvorsitzer Albin Freitag über: „Die Sparten in der Organisation“. Eingehend behandelte der Redner die Entwicklung der großen wirtschaftlichen Arbeiterorganisationen, um dann überzugehen zu den Spartenbildungen innerhalb des Verbandes, die heute ein wertvoller Bestandteil der Organisation seien. Grundätzlich sei aber daran festzuhalten, daß der Spartenarbeit die allgemeinen Fragen voranzustellen seien. Beifällig wurde der Vortrag aufgenommen. Eingangs der Versammlung teilte Vorstehender Müller mit, daß ein Verbeschreiben einigen Erfolg gebracht habe, daß aber noch immer die Maschinenlehrer von Dtschb und Weisnig der Sparte fernstehen. Weiter kam entrüstet zum Ausdruck, daß man das jetzige Verhalten der Ortsleitung gegenüber den Maschinenlehrern entschieden verurteile.

Bezirk Duisburg. (Maschinenlehrer.) Unsere am 15. Januar abgehaltene Generalversammlung war ziemlich gut besucht. Der Vorsitzende gab einen kurzen Bericht über die wichtigsten Vorgänge im verwichenen Jahre. Der Mitgliederbestand beträgt 55, Maschinen sind im Bezirk 44 vorhanden. Der Bericht schloß mit dem Wunsch, daß es im neuen Jahre gelingen möge, den uns so lange vorenthaltenen 25prozentigen Maschinenleherausgleich wieder zu erhalten. Der Kassenbestand beträgt dank der Sparlichkeit des Kassierers 710,77 M. Der Gesamtvorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Vorsitzender der Technischen Kommission ist Kollege Mühlmann („Duisburger Volkszeitung“), an welchen alle Anfragen zu richten sind. Die nächste Versammlung soll sich abschließend mit tariflichen Fragen befassen.

F. G. Eberfeld. Am 7. Januar fand unsere Generalversammlung statt, die gut besucht war. Aus dem Jahresbericht des Kollegen Weber ist kurz zu entnehmen, daß am 1. Januar 1922 die Mitgliederzahl 476 betrug, also Zunahme im vergangenen Jahre 36. Das Organisationsleben gestaltete sich sehr reger, der Vorstand fand ein reiches Betätigungsfeld. Der Verfallungsbesuch war im Durchschnitt ein guter zu nennen. Die Beibringungsabteilung hatte am 1. Januar 1922 nur noch 52 Mitglieder; sie ist gegen Oktober um 10 zurückgegangen. Alle Veranstaltungen fanden schlechte Beteiligung. Dem Kassierer wurde Johann Entlastung erteilt. Zum Ausschluß empfohlen wurden zwei Mitglieder. Als erster Vorsitzender wurde Kollege Julius Weber, als Kassierer Kollege August Weus wiedergewählt. Die Remuneration des Vorstandes wurde erhöht, ebenso die Sitzungsgelder für Ertraktanten. Die Neuregelung des Ortsbeitrags brachte eine Erhöhung von 1 M. monatlich ab 1. Januar. Punkt 6: „Anträge zur Kreisamtsbildung und zur Tarifauschüßung“, entfielen eine lebhaft debattierte, an der sich viele Kollegen beteiligten und die Hof der Buchdrucker eingehend schilderten. Es fanden entsprechende Anträge auf Erhöhung Umnahme. Gleichzeitige fand noch folgende Resolution Umnahme, die auch den Tagesagenden zur Veröffentlichung ausgegangen ist: „Die am 7. Januar 1922 überst zahlreich besuchte Generalversammlung des Ortsvereins Eberfeld des Verbandes der Deutschen Buchdrucker protestiert ganz entschieden gegen die an wucherliche Erpressung grenzenden Preissteigerungen für Zeitungspapier. Sie erblickt darin eine große Gefährdung der Existenzfähigkeit der Zeitungsbetriebe und mit ihr eine Gefahr großer Arbeitslosigkeit der Buchdruckergehilfen. Sie erwartet deshalb vom Verbandsvorstande, Kreisamt und Tarifauschüß, daß er ganz energische Schritte bei der Reichsregierung unternimmt, damit diesen Maßnahmen der Papierfabrikanten endlich durch gesetzgeberische Maßnahmen ein Riegel vorgeschoben wird.“

K. Offen. (Maschinenlehrer.) Unsere Generalversammlung am 15. Januar war von 41 Kollegen besucht. Drei Kollegen wurden aufgenommen, Kollege

Müller gab den Jahresbericht des Vorstandes, dem u. a. zu entnehmen ist, daß der Verfallungsbesuch durchschnittlich 40 Proz. betrug. Das Technisch wurde gut gefeiert. Am Jahresabschluss gehörten 127 Kollegen der Vereinigung an. Um das kollegiale Band fester zu knüpfen, gedenkt der Vorstand in nächster Zeit wieder eine kleine Festlichkeit zu veranstalten. Der alte Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Die Technisch Kommission besteht aus den Kollegen Stütgen (V.), Jonas (L.), Neumann (M.-G.) und Münch (M.-L.); sie beabsichtigt in nächster Zeit Anträge für die einzelnen Systeme einzuführen und erwartet gute Beteiligung der Mitglieder.

Frankfurt a. M. (Schiffsteher.) Die Mitgliederversammlung am 16. Januar wurde durch einen Vortrag über die Neuregelung des Steuerabzugs sowie Steuerfragen im allgemeinen eingeleitet. Referent: Arbeiterkreisleiter Schaab. In der Diskussion wurde die Frage aufgeworfen, welche Maßnahmen man noch zu ergreifen habe, um die Herabsetzung des Wertes zu den Steuerlasten zu fördern. Zu den neuen Lohnverhandlungen Ende Januar wurden der Zeit entsprechende Anträge gestellt und dann noch einige tarifliche Fragen erledigt.

Freiburg i. Sa. Unsere Bezirksversammlung am 15. Januar, in der Gauvorsitzer Freitag über „Gewerkschaften, Lohnpolitik und Tarifvertrag“ sprach, war gut besucht. Nur die Dippler fehlten es verständig zu haben. Die dem beifällig aufgenommenen Referat folgende Debatte war sehr lebhaft. Eine von den Oberaner Kollegen eingebrachte Resolution, in der verlangt wurde, daß die Tarifauschüßung der Not der Provinzkollegen mehr Rechnung trage, indem sie die Lohnaufschläge den Interessen anpasse, wurde dem Gehilfenvertreter übermittlelt.

Sendehrus (Memelgebiet). In der Generalversammlung des hiesigen Ortsvereins am 7. Januar wurde der alte Vorstand wiedergewählt. Dem Jahresbericht ist zu entnehmen, daß der junge Verein trotz Abtrennung vom Mutterlande die tariflichen Interessen im fernsten Osten treu vertreten hat. Durch kollegiales Zulassenhalten war es denn auch möglich, die beiden hiesigen Druckereien, die mit 32 anderen Firmen Ostpreußens ihren Austritt aus der Tarifgemeinschaft erklärt hatten, noch vor Ablauf eines gestellten Ultimatus zur Rückkehr zu bewegen. Der Mitgliederbestand ist ein großer zu nennen, da im Berichtsjahre von 13 Mitgliedern im Durchschnitt 16 Kollegen abreiften. Der große Wechsel hat wohl seine Erklärung darin, daß der Weltenspreis gegenüber den Lebensmittelpreisen ein zu hoher ist und die aus Deutschland zugewandten Kollegen neuerdings für eine Aufenthaltsgenehmigung 250 M. entrichten müssen und mit den Passformalitäten allerlei Schwierigkeiten sowie erhebliche Unkosten haben. Der Vorsitzende wies noch darauf hin, daß der Besuch zu den Versammlungen merklich nachgelassen habe. Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden, regelmäßige Schwünge mit Stroten zu belegen. Im Frühjahr findet hier die dritte Bezirksversammlung des Memelbezirks statt.

Stempfen. Am 14. Januar fand die hiesige Mitglieder-Versammlung ab. Der Bericht des Kassierers Soell wies geordnet Kassenverhältnisse aus; dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. In seinem Vorstandsbericht stellte der Vorsitzende Müller alle wichtigen Vorkommnisse des vergangenen Jahres und wies auf die Verbandsgeneralversammlung und den Gauzug hin. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Prinzipale der neu einsehenden Leuerung mehr Verständnis entgegenbringen. Weiter forderte der Vorsitzende die Kollegen auf, eifriger als bisher am Verbandsleben teilzunehmen, die Vorstandschäft zu unterstützen und den Geist der Kollegialität und Gemeinschaftlichkeit zu pflegen. Auch die Beibringungsabteilung ist in der Weiterentwicklung bekräftigt; alle neuangestellten Beibringer konnten ihr zugeführt werden, so daß alle hiesigen Beibringer in unsern Verband organisiert sind. Die im vergangenen Jahr eingerichteten Fachkurse konnten dank der Mitarbeit tüchtiger Kollegen vollendet und ausgebaut werden. Ferner sei hier festzustellen, daß die hiesige Prinzipalität den Bestrebungen der Beibringungsabteilung sehr wohlwollend gegenübersteht und einen Teil der Kosten der Kurse übernahm und wieder übernimmt. In den Bericht des Vorsitzenden schloß sich eine sehr rege Aussprache. Die Neuwahlen ergaben in der Vorstandschäft insofern eine Änderung, als Kollege Soell nicht zu bewegen war, das Kassieren weiterzuführen. An seine Stelle trat Kollege Hans Albrecht, bisher erster Schweißführer. Dem auscheidenden Kassierer Soell wurde der Dank für seine äußerst gewissenhafte Kassenführung ausgesprochen. Die Versammlung regte noch die Gründung eines graphischen Kartells an und beauftragte den Vorsitzenden mit den Vorarbeiten hierzu.

Mün. (Maschinenlehrer.) Die sehr zahlreich besuchte Hauptversammlung des Bezirksvereins Albin der Maschinenlehrer fand am 15. Januar statt. Eingangs der Versammlung gab der Vorsitzende u. a. eingehende Auskunft über beabsichtigte Rentenführungen für Sirengeschädigte, die der Vorstand in dankenswerter Weise vom Kollegen Robert Braun in Berlin erhalten hatte; letzterer hat für Besserstellung in der Rentenverföhrung speziell für kriegsbeschädigte Maschinenlehrer Schritte bei den maßgebenden Behörden unternommen. Zur Aufnahme meldeten sich drei Kollegen, so daß der Mitgliederbestand jetzt 139 beträgt. Wegen den Jahresbericht des Vorsitzenden, der alle wichtigen Ereignisse des letzten Jahres verzeichnete, fand die Versammlung nichts zu erinnern. Der Kassierbericht schloß mit einem Kassenbestande von 915,50 Mark ab, Vorsitzender und Kassierer wurden einstimmig wiedergewählt, während der Schriftführerposten neu besetzt

wurde. Den größten Raum der Aussprache nahm die vom Bezirksverein Offen beantragte Gauvorsitzverlegung von Albin in Mispach und wurde namentlich die Begründung des Offener Antrags einer scharfen Kritik unterzogen, da sie mit den wirklichen Verhältnissen nicht im Einklang zu bringen ist. Es wurden zehn Kollegen zu der Gauversammlung der Maschinenlehrer nach Offen, die über diesen Antrag beschließen soll, delegiert. Unter „Technischem“ führte die Technische Kommission die lebendige Gelenkvorrichtung und die doppelte Messerprüfmaschine des Kollegen Meyer (Berlin) vor, wobei namentlich die erstere, die eine Vorrichtung der Sand durch den „kleinen Finger“ an Einstoppmachern vollständig auslöscht, den ungetauften Besuch den Augenweiden fand. Auch die neueste Nummer des „Modernen Buchdruckers“ der Mergenthaler Schmalzdruckerei zeigten in der Versammlung und wurde mit Interesse geleitet.

Neudamm. Am 13. Januar hielt unser Ortsverein seine Hauptversammlung ab. Nach dem Jahresbericht fanden zehn Mitglieder und zwei allgemeine Buchdruckerversammlungen statt. Der Verfallungsbesuch war gut, im Durchschnitt 91 von 128 Mitgliedern. Bei den Neuwahlen fand ein Wechsel nur beim zweiten Vorsitzenden statt, sonst wurde der alte Vorstand wiedergewählt. Die im Oktober 1919 im Anschluß an den Ortsverein gegründete Krankenzulassungskasse kann ab 15. Januar bei einem wöchentlichen Beitrage von 25 M. pro Krankheitsfall 2 M. gewährt. Die Beibringungsabteilung umfaßt 16 Mitglieder. Ein Preisauschreiben für Beibringer stellte recht nette Arbeiten.

Offenode (Ostpre.). Am 7. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Vorstehender Weisker erstattete den Jahresbericht, dem zu entnehmen ist, daß die vom Tarifauschüß gefahnten Beschlässe betreffs Feuerungszulagen wiederum nach Überwindung einiger Schwierigkeiten in der einzigen tarifstreuen Druckerei anerkannt wurden. Bei der darauffolgenden Vorstandswahl wurde Kollege Baginski zum Vorsitzenden und Kollege Dammberg zum Kassierer gewählt.

□ □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □ □

Einführungskurse in die Dtschwaldische Verblehre. Am 20., 21. und 22. Februar finden im Technikum für Buchdrucker in Leipzig-Reudnitz, Senefelderstraße 13/17, zwei Einführungskurse (in drei Vorträgen) in die Dtschwaldische Verblehre statt. Kursleiter ist Professor Dr. H. O. Sirelger, Direktor der Deutschen Werkstelle für Farbwerke in Dresden. Kursus 1, der nachmittags von 2 bis 4 Uhr stattfindet, wird durch Gehilfenrat Oswald (Hochschule) persönlich am Montag, den 20. Februar, durch einen kurzen Vortrag eröffnet werden. Kursus 2, der für abends von 6 bis 8 Uhr angelegt ist, wird besonders die Bedürfnisse der praktischen Buchdrucker, Faktoren, Gehilfen und Buchgewerbetreibenden berücksichtigen. Anmeldungen zu den Kursen nimmt das Bureau der Deutschen Werkstelle für Farbwerke zu Dresden, Palaststraße 21, und das Direktorium des Technikums für Buchdrucker zu Leipzig-Reudnitz, Senefelderstraße 13/17, entgegen. Ebenso ist auch die Zahlung des Kursgeldes mit 75 M. für den Teilnehmer im voraus gegen die Ausstellung einer Teilnehmerkarte zu bewirken. Offenlich ist man bereit, für Mitglieder der sachtechnischen Vereine eine Herabsetzung der Gebühren vorzunehmen. Dadurch wird sich die Teilnehmerzahl gewiß erhöhen, was dem allgemeinen Interesse dient.

Institut für Setzungenkunde der Universität Leipzig. Von der Geschäftsführung des Instituts ging uns ein längerer Aufruf für eine Setzungenkammerung zu, dem wir folgendes entnehmen:

„Zum erstenmal hat sich das im Herbst 1916 begründete Institut neben andern auch den Aufbau eines wissenschaftlichen Setzungenkammerung zur Aufgabe gemacht. Als Grundgedanke wurden dazu mehrere ältere Setzungenkammerungen erworben, die seitdem fortwährend weiter ergänzt wurden, so daß sich jetzt die Sammlung bereits auf viele Tausende von Nummern beläuft, die die Entwicklung und Schicksale dieser einzelnen Blätter oder auch die der Presse in einzelnen Städten und Ländern gut verfolgen lassen. Doch das reicht noch lange nicht aus. Die Absicht ist, daß die Sammlung immer mehr vervollständigt wird und in keiner Hinsicht zurückbleibt. Auch war nur ein einzelnes, irgendein bemerkenswertes, aber oder neues Setzungsblatt, wird gegeben, es uns zu senden und zu illustrieren, so sehr es ihm beliebt, was hierzu, was es bei uns am besten aufgehoben, wissenschaftlichen Interesse zugeführt und vor anderen Umständen befreit wird. Was wird da alles gesammelt? Zunächst alle Setzungennummern, die sich irgendwie mit journalistischen Dingen in Relation oder längerer Ausstellungen beschäftigen. Ferner von jedem Blatte wenigstens ein vollständiges Belegexemplar, am liebsten die allererste oder die letzte Nummer, bei Zeitungen, die ihren Titel ändern, die letzte mit dem alten und die erste mit dem neuen Titel, desgleichen Sireng- und Revolutionsausstellungen wie Einzelsetzungen jeder Art und Jubiläumnummern. Wieder und wieder werden wir diesbezüglich um Zusendung gebeten und bedauern immer wieder, daß wir selbst längst kein überflüssiges Material in einer dieser Zeitungen besitzen. Solche großformatige Vollständigkeit aller Blätter, was hierzu, wenigstens an einem Punkte zu ermöglichen, sollte im Interesse aller der Kreise liegen, an die sich dieser Aufruf wendet, und wenn er Erfolg hätte, läge sich mit vereinten Kräften ein Blick weiterkommen. Daran fehlt es aber leider (wohl nur infolge von Unkenntnis über unsere Bestrebungen) immer noch in hohem Maße. Willkommend sind Setzungenvorlagen in Verbindung von Anträgen um dergleichen Einzelnummern gebeten, doch kaum vor drei unter zwölf wird unsere höchste Bitte erfüllt. Deshalb erbitte ich es, gerade, uns mit diesem Aufrufe nicht nur an die Verleger, sondern auch an die Schriftsteller und Sammler zu wenden, daß sie auf alle solche Fälle mit ein Augenmerk haben und uns mit freundlichen Zusendungen bedenken. Schon allein die hohen Vorholkosten verbieten ein wiederholtes Bitten und Mahnen. Bitte drücklich sei betont, daß uns bei diesem Sammeln jede Einzelnummer ab sofort fernliegt. Es gilt nur, ein vollständiges Bild von dem zu bekommen, was im ungeheurer weiten Bereiche der Presse interessiert, um es früher oder später irgendwelchen Studien (im Sinne der Setzungenkunde, der Zeitungsgeschichte vor allem) nutzbar zu machen. Diesbezügliche Zusendungen richtet man an das eingangs genannte Institut.“

